

CSV

Grundsatzprogramm

* Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen beziehen sich auf Frauen und Männer, sofern nicht vom Inhalt ausdrücklich eine geschlechtsspezifische Darstellung notwendig ist.

„Jidder Eenzelen zielt“

impression: saint-paul luxembourg, 2003

„Jidder Eenzelen zielt“

Vorwort

Am 18. November 2002 tagte der Nationalkongress der CSV. Im Mittelpunkt dieser außerordentlichen Sitzung steht die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms unter dem Titel „Jidder Eenzelen zielt“.

Nach mehrmonatiger Denk- und Reflexionsarbeiten sind demnach die Arbeiten am neuen Grundsatzprogramm abgeschlossen.

Der dort zur Abstimmung vorgelegte Entwurf des neuen Grundsatzprogramms ist das Ergebnis einer intensiven Beratungs-, Ideenfindungs- und Diskussionstätigkeit. Bei dieser Reflexionsarbeit ist es gelungen, eine überaus große Anzahl von Mitarbeitern, Interessenten und Mitdenkern zur Mitarbeit zu begeistern.

In einzelnen Arbeitskreisen, diversen politischen Studientagungen und mehreren Plenarsitzungen wurden die verschiedenen Meinungen und oft auch unterschiedlichen Standpunkte diskutiert und in einem gemeinsamen Dokument zusammengefasst.

Somit ist bereits das Werden dieses Grundsatzprogramms ein Prozess, der nach unseren Grundsätzen gestaltet wurde: Viele Menschen, Freunde und Mitglieder aus allen Gruppen unse-

rer Gesellschaft haben sich engagiert, Ideen eingebracht, andere Ideen akzeptiert und mit den Grundprinzipien christlich sozialer Wertvorstellungen abgestimmt.

Es war ein Prozess des solidarischen Miteinanders, der subsidiären Hilfestellung und des Verantwortung tragenden persönlichen Engagements.

In diesem Sinne sei allen Beteiligten für das stete Bemühen um das Ganze gedankt.

Jean-Louis Schiltz, Generalsekretär

Präambel 7

Politik für morgen in einer veränderten Welt
Partner innerhalb der EVP
Aktive Mitarbeit

Jidder Eenzelen zielt 11

Der Mensch in der Gemeinschaft
Gerechte Chancen

Bausteine der Gesellschaft 22

Personalität:

Die Menschenwürde jedes Einzelnen ist unantastbar

Solidarität:

Jeder Einzelne ist für das Wohl der Gemeinschaft
verantwortlich

Subsidiarität:

Was jeder Einzelne imstande ist selbst zu vollbringen

Gemeinwohl:

Jeder Einzelne ist dazu angehalten,
seinen Beitrag zu leisten

Nachhaltigkeit und Verantwortung

Leistung in der Solidargemeinschaft

Sozial und in der Mitte

22

Für einen erneuerten Sozialpakt
Für einen Vertrag mit dem Bürger
Für ein Recht auf Arbeit
und für ein verpflichtendes Eigentum
Für ein geeintes Europa

Im Einsatz für den Menschen

31

... für einen demokratischen Staat
... für eine moderne Familienpolitik
... für eine optimale Gesundheitspolitik
... für eine Bildungspolitik,
die Chancen bietet und Leistung fördert
... für eine gelebte Integration
... für eine leistungsfähige Wirtschaft
... für einen starken Mittelstand
... für eine moderne Landwirtschaft
in einem vitalen ländlichen Raum
... für den Dialog der Kulturen
... für internationale Sicherheit und Stabilität
... für den Fortschritt in der Wissenschaft
... für eine verantwortete Nutzung der Gentechnologie

Grundsatzdiskussionen sind im politischen Leben immer aktuell. Allein die Besinnung auf die eigenen theoretischen Grundlagen ermöglicht einer politisch aktiven Gruppe, sich glaubwürdig zu positionieren. Letztlich ist die demokratische Meinungs- und Willensbildung immer von einer grundsätzlichen Auseinandersetzung getragen. Welche Sicht des Menschen soll in der Gesellschaft zum Tragen kommen?

Die Frage lautet, nach welchen Prinzipien der Mensch in der jeweiligen Gesellschaft leben und sein Leben gestalten kann. Nur dadurch, dass diese Zielvorstellungen der einzelnen konkurrierenden Parteien über Bedeutung und Wert des Menschen und der Gesellschaft bis in ihre theoretischen Überlegungen erkennbar sind, wird die Tragweite der jeweils konkreten politischen Entscheidung deutlich.

Wir sehen im Grundsatzprogramm Bekenntnisorientierung und Leitlinie.

- Erst durch die Menschen, die diese Grundsätze in ihrer täglichen politischen Arbeit zu verwirklichen versuchen, erhält das Programm seinen eigentlichen Stellenwert und damit seine Gestaltungskraft.
- Politik ist für uns kein Selbstzweck, sondern Dienst am Mitmenschen und für die Gesellschaft.
- Wir orientieren uns dabei am christlichen Menschenbild und an den durch das Christentum geprägten Wertvorstellungen.

- Unsere Partei ist jedoch keine kirchliche oder konfessionelle Partei. Ihre Ausrichtung fundiert auf dem Weltbild des christlichen Humanismus. Dementsprechend ist die CSV offen für Menschen jeden religiösen oder philosophischen Bekenntnisses, die sich in der Gestaltung der Gesellschaft zu den Grundsätzen eines humanistischen Weltbildes bekennen wollen.
- Als die Volkspartei der politischen Mitte vereinigen wir Frauen und Männer aus allen Gesellschaftsschichten, Berufen und Nationalitäten.

In der tagespolitischen Arbeit kommt das Nachdenken über eigene Grundsätze, das Vergleichen, Abwägen und Abklären von Alternativen oft zu kurz. Deshalb sind Grundsatzdiskussionen wichtig und notwendig.

Politik für morgen in einer veränderten Welt

Dabei geht es nicht darum, dass Grundsätze und Prinzipien verworfen werden und jeweils völlig neue Bilder von Mensch und Gesellschaft entwickelt oder Bekenntnisse dazu abgelegt werden. Es geht vielmehr darum, die Grundoptionen zu überdenken und zu überprüfen, sie neu zu gewichten und gegebenenfalls anders auszurichten.

Seit im Jahre 1974 das CSV-Grundsatzprogramm verabschiedet wurde, hat sich in der Welt, in Europa und in Luxemburg vieles verändert: Die Gesellschaft unterliegt einem ständigen Wandel. Gegen Ende der achtziger Jahre wurde der Ost-West-Konflikt beigelegt. Die Konturen der Europäischen Uni-

on sind im Umbruch, sowohl institutionell als auch politisch und geographisch.

Internationale Ereignisse, kriegerische Auseinandersetzungen und Terroranschläge bleiben nicht ohne Wirkung auf das Zusammenleben der Menschen in der Welt. Die rasanten Entwicklungen von Wissenschaft und Technik und die Dynamik auf allen Gebieten des Lebens haben die Welt verändert. Neue Technologien und soziologische Entwicklungen verändern die Arbeitswelt. Liberalisierungsbestrebungen und Deregulierung sowie Monopolisierungstendenzen bestimmen immer stärker das Wirtschaftsleben.

Neue Fragen werden aufgeworfen. Neue Situationen haben sich ergeben. Auch damit setzt sich unser Grundsatzprogramm auseinander.

Die Grundprinzipien der christlichen Soziallehre: Solidarität, Subsidiarität, Personalität, soziale Gerechtigkeit und das Gemeinwohl, zusammen mit den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Leistung in der Solidargemeinschaft, bestimmen unsere Politik. Sie stehen in unserem neuen Grundsatzprogramm im Mittelpunkt.

Wir sehen den Menschen mit den verschiedenen Dimensionen seiner Individual- und Sozialnatur und seinen Bedürfnissen als ein Ganzes.

Partner innerhalb der EVP

Wir sehen uns als aktiven Partner in der europäischen und internationalen Gemeinschaft der christlich-sozialen und christdemokratischen Parteien.

Wir wollen in der Europäischen Volkspartei (EVP) weiterhin eine treibende Kraft für sozialen Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand sein. Wir wollen, dass die EVP sich weiterhin für eine europäische Einigung nach föderalem Modell stark macht.

Zusammen mit den anderen Mitgliedern der EVP wollen wir uns für eine Gesellschaftsform einsetzen, in der die Würde des Menschen im Mittelpunkt steht.

Wir wollen uns jedoch auch weiterhin dafür einsetzen, dass in der EVP die Werte der christlichen Demokratie wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Aktive Mitwirkung

Wir wollen innerparteiliche Demokratie und aktive Mitwirkung aller Mitglieder und Freunde an der politischen Willensbildung. Die Grundsätze und Ziele der Partei sachlich und uneigennützig zu vertreten, soll eine Selbstverständlichkeit für alle engagierten Mandatsträger und Mitglieder sein. Die Aussagen dieses Grundsatzprogramms sollen somit eine eindeutige Leitlinie für künftige Entscheidungen auf allen Ebenen der Partei sein.

Wir sehen in diesem Grundsatzprogramm eine wichtige Grundlage zur weiteren Arbeit unserer Partei, so u.a. beim Verfassen von Resolutionen und Pressemitteilungen, bei parlamentarischen Anfragen, bei Kongressanträgen, Wahlprogrammen und anderen Beschlüssen.

„Jidder Eenzelen zielt“

„Jeder Mensch ist eine einmalige und unverfügbare Person. Jeder belebt unsere Gesellschaft durch sein kreatives Denken, sein kritisches Bewusstsein und sein verantwortungsbewusste Handeln.

Im Sinne seiner persönlichen Lebensgestaltung hat jeder Mensch innerhalb der Gesellschaft das Recht auf freie und die Pflicht zu eigenständiger Entfaltung seiner Persönlichkeit, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Nationalität, Hautfarbe, von religiöser und politischer Überzeugung, von Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer.

In diesem Sinne besitzt jeder Mensch den unveräußerlichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Würde und das Leben des Menschen sind unantastbar.

Deshalb sind wir gegen die Todesstrafe.

Deshalb sind wir für eine menschenwürdige Sterbegleitung, damit der Mensch auch im Tod seine Würde behält. Wir wollen in diesem Sinne die palliative Medizin ausbauen und fördern.

Deshalb wollen wir ethische Rahmenbedingungen für angewandte Gen-Forschung setzen.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse fordern unsere Verantwortung immer wieder heraus. Die Schutzwürdigkeit des Lebens hat dabei Priorität.“

Der Mensch in der Gemeinschaft

Gestaltungsauftrag der Politik ist es, sich an den verschiedenen Dimensionen und Bedürfnissen des Menschen auszurichten. Der Mensch, sein Wunsch und sein Streben nach einem sinnerfüllten Leben stehen im Mittelpunkt.

Unser politisches Handeln orientiert sich demnach am Einzelnen und an dessen Einbindung in die Gesellschaft.

Der Mensch kommt nur in der Gemeinschaft zu seiner vollen Entfaltung. Er sollte nach seinen Möglichkeiten seinen entsprechenden Beitrag für die Gesellschaft und das Gemeinwohl leisten.

Das Gemeinwesen ist seinerseits verpflichtet, die Rahmenbedingungen zur Selbstverwirklichung des Einzelnen zu schaffen.

Wir wollen Gerechtigkeit, Sicherheit und soziale Integration gewährleisten.

Wir wollen jedem Menschen optimale Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Gerechte Chancen

Alle Menschen sind in ihrer Würde gleich. Jeder Mensch unterscheidet sich jedoch in seinem Wesen und seiner individuellen Einmaligkeit vom Mitmenschen. Eine absolute Gleichheit aller Menschen in ihrer Persönlichkeit, in ihren Anlagen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, in ihrer ökonomischen und sozialen Herkunft wird nie möglich sein.

In der Anerkennung der individuellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ungleichheit wird die Gleichheit aller Menschen in ihrer persönlichen Würde und vor dem Gesetz zu einem Wert an sich.

Wir sind entschlossen, bestehende und neu auftretende Formen der Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung zu überwinden und abzubauen. Wir wenden uns gegen alle soziale, geschlechtsbezogene, rassistische, ethnische und religiöse Vorurteile.

Es gilt, jedem Menschen nach seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Anlagen gerechte Chancen zur persönlichen Entfaltung zu bieten. Wir verlangen jedoch auch, dass jeder Einzelne entsprechend seinen Rechten, die er für sich beansprucht, die damit verbundenen Pflichten übernimmt.

Überall dort, wo Hürden die persönliche Entwicklung bremsen oder wo soziale Benachteiligungen bestehen, die von den Betroffenen nicht aus eigener Kraft überwunden werden können, muss die Gemeinschaft helfen, diese Hindernisse zu überwinden oder gegebenenfalls auszuräumen.

Bausteine der Gesellschaft

- Wir wenden uns als Volkspartei an alle Menschen und Bevölkerungsgruppen.
- Wir vereinen Frauen und Männer aus allen Gesellschaftsschichten, Berufen und Nationalitäten.
- Wir bemühen uns um Ausgleich und Verständigung zwischen den Menschen.
- Einzelpersonen, kleine Gruppen und Minderheiten sollen ebenfalls in die gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe eingebunden werden.
- Als soziale Integrationspartei suchen wir die Interessen und Anliegen der einzelnen Gruppen und Personen aufeinander abzustimmen und mit dem Gemeinwohl in Einklang zu bringen.

Christlich-soziale Politik hat die Entwicklung des Landes maßgeblich mitgeprägt. Wir wollen die Prinzipien der christlichen Demokratie neu beleuchten und immer wieder neu gewichten.

Wir bekennen uns:

- zur Personalität als Garantie für die Freiheit und die Würde des Menschen,
- zur Solidarität und Subsidiarität als Alternative zum Individualismus und Kollektivismus,
- zum Gemeinwohl,
- zur Nachhaltigkeit,
- zum Prinzip der Leistung in der Solidargemeinschaft.

Diese Grundwerte und Prinzipien erlangen nur im Zusammenspiel ihre volle Bedeutung. Sie kommen erst in ihrer konkreten Anwendung in vollem Umfang zum Tragen.

Personalität: Die Menschenwürde jedes Einzelnen ist unantastbar

Jeder einzelne Mensch besitzt eine eigene Persönlichkeit.

Personalität bedeutet, dass die Menschenwürde des Einzelnen unantastbar ist. Daraus ergibt sich sein Recht auf Selbstverwirklichung.

Im Sinne dieses Menschenbildes bekräftigen wir unsere Vorstellung der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit und der Verantwortung jedes Menschen vor seinem Gewissen und der Gesellschaft.

Im gleichen Sinne bekennen wir uns zu den bürgerlichen Grundfreiheiten und den Menschenrechten.

Freiheit ist ein zentrales unveräußerliches Menschenrecht. Es beinhaltet die Eigenverantwortung des Einzelnen, das Recht

auf freie Meinungsäußerung, das Recht zur Mitsprache sowie zur Mitbestimmung und -gestaltung der gesellschaftlichen Angelegenheiten.

Wir wollen, dass der Einzelne stärker an den gesellschaftlichen Entwicklungen teilnimmt. Wir wollen in allen Lebensbereichen - Familie, Schule, Bildung, Beruf, Arbeit, Gesellschaft und Politik - konkrete Wahlmöglichkeiten anbieten.

Der Schutz der Privatsphäre, die persönliche Sicherheit des Menschen und das Recht auf Widerstand gegen Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung gehören zu den Voraussetzungen der Freiheit.

Grundlage der Freiheit ist die Sicherung der Existenz des Einzelnen. Soziale Gerechtigkeit bietet die Chance dazu, der Sozialstaat die Garantie, verbunden mit dem Recht auf Bildung, auf Arbeit, den gerechten Ertrag der Arbeit und auf Wohnen.

Der individuelle Freiheitsraum findet seine Grenzen dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Er setzt Respekt und Toleranz voraus.

Freiheit ist für uns auch das Freisein von jeglichem wirtschaftlichem und geistigem Zwang, jedoch auch das Freisein von jeglicher Form der Manipulation.

Solidarität: Jeder Einzelne ist für das Wohl der Gemeinschaft mitverantwortlich

Zur Freiheit gehört auch die Pflicht zu Verantwortung und Solidarität.

Solidarität heißt, dass jeder Einzelne für das Wohl und die nachhaltige Entwicklung der Gemeinschaft mitverantwortlich ist.

Die Gemeinschaft ihrerseits hat für jeden Einzelnen einzustehen. Dort, wo die Kräfte des Einzelnen, von Organisationen, Vereinen oder Gruppen überfordert sind, muss die Gemeinschaft dem Einzelnen beistehen.

Solidarität bedeutet auch, füreinander da zu sein. Elementare Formen der Solidarität sind für uns Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander in der Familie, unter Nachbarn und in privaten Gemeinschaften, sowie in Solidargemeinschaften wie Interessensverbänden und Gewerkschaften.

Solidarität gründet in der sozialen Natur des Menschen. Die Gesellschaft ist auf die solidarische Einstellung und Mitwirkung jedes Einzelnen angewiesen.

Solidarität ist ohne Opfer nicht denkbar. Wer Hilfe und Solidarität von anderen erwartet, muss selbst bereit sein, anderen zu helfen.

Solidarität verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen und jeden Einzelnen zum Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen.

Solidarität muss über die nationalen und europäischen Grenzen hinaus gelten, dies im Sinne einer weltweiten Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft. Die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich ist ohne diese Bereitschaft nicht zu bewältigen. Solidarität bedeutet in erster Linie Priorität für die Armen, Schwachen und Unterdrückten.

Solidarität verpflichtet uns auch gegenüber den künftigen Generationen. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder leben. Dies gilt in ganz besonderer Weise für den Erhalt der Grundlagen menschlichen Lebens und der Umwelt.

Subsidiarität: Was jeder Einzelne imstande ist, selbst zu verwirklichen

Subsidiarität bedingt, Entscheidungs- und Handlungsgewalt zu dezentralisieren und Basis bezogen zu gestalten. Die jeweilige Verantwortung liegt auf unterschiedlichen Ebenen und beim Einzelnen als Mitglied der Familie, der Gesellschaft und des Staates. Eine übergeordnete Instanz hat dann ihren hilfreichen Beistand zu leisten oder die Verantwortung zu übernehmen, wenn das Wohl der Einzelnen, institutioneller (z.B. Gemeinden) oder privater (z.B. ONG's; Gewerkschaften) Zwischenkörper, oder der Gemeinschaft gefährdet ist oder dies erfordert.

So muss der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die andere Gruppierungen und Zwischenkörper der Gesellschaft bzw. der Einzelne allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut oder

besser erbringen kann. Des Weiteren muss er diese Zwischenkörper und Gruppierungen instand setzen, ihre Aufgaben wahrnehmen und ausführen können. Er hat aber auch die Verpflichtung, Aufgaben zu übernehmen, die der Einzelne, die Familie, andere Gruppierungen und Zwischenkörper der Gesellschaft allein zu übernehmen außer Stande sind.

Es ist stets notwendig, bestehende Aufgabenteilungen zwischen internationalen Körperschaften, Staat, Gemeinden, anderen Institutionen und Zwischenkörpern auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen und zu hinterfragen.

Subsidiarität, im Zusammenspiel mit Freiheit und Solidarität, ist für uns der Weg, undurchschaubare Abhängigkeiten und Entmündigungen weitgehend zu vermeiden und effizientere, bürgernahe Lösungen für die Anliegen der Menschen zu finden.

Was der Einzelne oder die kleinere Gemeinschaft aus eigenen Kräften vollbringen kann, darf ihnen nicht von übergeordneten Gemeinschaften abgenommen oder verboten werden.

Subsidiarität ist insbesondere im Verhältnis der Öffentlichkeit zum Einzelnen und der Familie wichtig.

Gleichzeitig ist sie ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ordnungsprinzip.

Subsidiarität beinhaltet auch die Eigenverantwortung des Einzelnen sowie die Verantwortung für seine Familie und seine Umgebung. Subsidiarität bedeutet ebenfalls Mitverantwortung für die Gemeinschaft.

Gemeinwohl: Jeder Einzelne ist dazu angehalten, seinen Beitrag zu leisten

Wir wollen eine Gesellschaft, in der der Sinn für das Gemeinsame sowie Respekt und Toleranz das Zusammenleben prägen: Eine Gesellschaft, in der der Mensch und das Verständnis für den anderen zur Geltung kommen. Nur so kann sich eine auf das Gemeinwohl hin orientierte Gesellschaft für alle, ohne Ausgrenzung, entwickeln. Nur so kann der Einzelne seine Talente zur Geltung bringen und seine Wünsche sowie Träume verwirklichen.

Nicht das größtmögliche und isolierte Wohl einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder einer Person, sondern das Wohl des Ganzen und aller ist im politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess ausschlaggebend.

Gemeinwohl wird dadurch zur Grundlage friedlichen Zusammenlebens. Jeder Einzelne muss dazu seinen Beitrag leisten.

Nachhaltigkeit und Verantwortung

Eine gerechtere Welt kann nur durch Verantwortung im Tun und Handeln aufgebaut werden.

Neben der Verantwortung für uns selbst tragen wir gleichermaßen die Verantwortung für die Generationen von morgen. Wir wollen eine Politik, die sowohl die Herausforderungen der Gegenwart meistert als auch Entwicklungschancen künftiger Generationen garantiert. Wir wollen eine Politik der nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen der Wirtschaft, des Sozialen und der Ökologie.

Die Bewahrung der Schöpfung ist dabei Priorität. Die nachfolgenden Generationen genießen das gleiche unveräußerliche Recht auf menschengerechte und menschenwürdige Lebensbedingungen.

Wir wollen nachhaltige Lösungen in Umwelt-, Planungs- und anderen Zukunftsfragen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit und der politischen Weitsicht, der globalen Verantwortung und der vernetzten Konzepte ist entscheidungsorientierend in allen Fragen der Zukunftsgestaltung. Es bedeutet, politische Entscheidungen stets auf ihre mittel- und langfristige Wirkung zu hinterfragen.

Leistung in der Solidargemeinschaft

Wir sehen im Initiativgeist und im persönlichen Leistungswillen die Voraussetzung für die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen. Leistungsgerechtigkeit ist ein wesentliches Element auch der sozialen Gerechtigkeit.

Engagement und Leistungswillen schaffen die Voraussetzung zur Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben und sind somit eine wirksame Hilfe zur Unterstützung der Schwachen.

Somit soll auch der Einzelne es als persönliche und moralische Verpflichtung sehen, sich je nach Anlagen und Möglichkeiten mit all seinen Kräften sowie nach bestem Wissen und Gewissen in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.

Leistungsschwache Personen und Gruppen müssen ermutigt und zur Leistung nach ihren Möglichkeiten motiviert und angeleitet werden.

Leistungsstarke sollen gefördert und gefordert werden.

Sozial und in der Mitte

Zur persönlichen Leistung gehört ebenfalls die ehrenamtliche und unentgeltliche Tätigkeit als Bereicherung des Zusammenlebens der Menschen.

Ohne Leistung ist eine Solidargemeinschaft nicht zu realisieren. Das Leistungsprinzip hat jedoch auch Grenzen. Die Motivation und Verpflichtung zur Leistung dürfen die körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte des Einzelnen nicht überfordern. Um Fehlentwicklungen zu verhindern, muss der Sinn der Leistung permanent hinterfragt werden.

Die CSV ist die Volkspartei der sozialen Mitte.

Sie setzt sich für einen erneuerten Sozialpakt ein. Auch über unsere Landesgrenzen hinaus.

Sie will die aktive Bürgergesellschaft.

Sie bekennt sich zum Recht auf Arbeit und zu einem verpflichtenden Eigentum.

Sie will ein föderales Europa.

Für einen erneuerten Sozialpakt

Wir wollen eine Gesellschaft des Gemeinsinns. Wir wenden uns gegen Egoismus und Entsolidarisierung und gegen soziale Kälte.

Jeder Einzelne, ob Frau oder Mann, ob alt oder jung, soll in der Gesellschaft die Chancen seiner Entfaltung nutzen können. Deshalb treten wir ein für Leistungsgerechtigkeit.

Wir wollen die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern aktiv in allen Bereichen umsetzen. Frauen und Männer haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten.

Der soziale Fortschritt

Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit als einen Grundwert des menschlichen Zusammenlebens. Wir wollen Anwalt für die Schwachen sein.

Wir treten ein für eine Sozialordnung, in der die Gesellschaft die sozialen Lasten und Risiken gemeinsam trägt: Eine Gesellschaft, die sich als Solidargemeinschaft versteht und die dem Bedürfnis der Menschen nach Gleichbehandlung und Gerechtigkeit unter Ausschluss von Willkür und Missbrauch entspricht.

Der Generationenvertrag

Wir bauen weiterhin auf den Generationenvertrag.

Wir wollen Sicherheit im Alter. Wir wollen den jungen Generationen optimale Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Wir wollen Lösungen, die auch morgen und übermorgen zu vertreten sind.

Wir wollen eine tragfähige Sozialordnung, die sich an konkreter Hilfsbedürftigkeit, an Leistungsgerechtigkeit und an langfristiger Finanzierbarkeit orientiert.

Eine globale Sozialordnung

Wir wollen die globale Wirtschaft durch eine globale Sozialordnung steuern. Die globale Welt stellt nur dann für den Menschen eine Chance dar, wenn ihre wirtschaftlichen Aspekte durch soziale Aspekte ergänzt werden.

Wir wollen zuerst auf europäischem Niveau einwirken. Wir wollen ein echtes europäisches Sozialmodell mitgestalten. Wir wollen verbindliche soziale Mindeststandards in Europa schaffen und ausbauen.

Wir setzen uns für eine globale Sozialordnung, auch über die Grenzen Europas hinaus ein. Wir wollen dazu beitragen, die Rechte der Arbeitnehmer weltweit auszubauen, zu festigen und voranzubringen. Wir wollen die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Wir wollen die Rechte der Frauen und der Kinder auf allen Ebenen durchsetzen. Wir wollen ein gerechtes und faires Handelssystem gestalten. Wir wollen eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte durchsetzen. Wir wollen Investitionen in produktives Kapital fördern. Wir wollen den Technologietransfer fördern.

Eine erneuerte soziale Marktwirtschaft

Wir sehen in der sozialen Marktwirtschaft die Verbindung von Effizienz, Leistung und sozialem Ausgleich. Markt und Wettbewerb sind zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung.

Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung sozial und ökologisch verantworteter Freiheit. Auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft verbindet sie die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt.

Sie gewährt den Unternehmern den notwendigen Freiraum für den optimalen Einsatz der Produktionsmittel in ihrer persönlichen Verantwortung und auf ihr eigenes Risiko. Sie eröffnet dem Arbeitnehmer die Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg und mehr Einkommen durch Leistung. Sie sorgt jedoch vor allem für Chancengleichheit und Verminderung sozialer Spannungen.

Wir setzen uns daher weiterhin ein für eine Wirtschaft, die im Dienste des Menschen steht. Die Arbeit hat für uns nicht nur eine wirtschaftliche Dimension, sondern auch eine menschliche. Die Arbeit ermöglicht es dem Menschen, sich durch Eigenleistung zu entfalten. Sie muss ihm auch im Gegenzug zu Leistung die notwendigen Einkünfte bieten, damit er sich entfalten und eine Familie gründen kann.

Die CSV hat sich in diesem Sinne traditionell der Verbindung von Kapital und Arbeit verschrieben. Die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen stellen jedoch alte Lösungen in Frage. Deshalb bleibt die soziale Marktwirtschaft gefordert. Soziale Marktwirtschaft bedeutet auch heute noch Einklang zwischen Eigenverantwortung, Wettbewerb und sozialer Verantwortung.

Die globale Nachhaltigkeit

Wir treten ein für eine Marktwirtschaft, die sowohl sozial als auch ökologisch ist. Wir treten ein für eine nachhaltige

Marktwirtschaft, die auch den nachfolgenden Generationen eine intakte Natur und eine gesunde Umwelt überlässt.

Wir setzen uns ein für ein globales ökologisches Modell.

Wir wollen gleiche Umwelt- und Gesundheitsstandards weltweit. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen schützen; sie dürfen nicht Handelsware sein. Wir brauchen die Energiewende hin zu den erneuerbaren Energien. Wir machen uns stark für eine ausgewogene Naturschutz- und Umweltschutzpolitik, zusammen mit einer nachhaltig geprägten Landesplanung.

Für einen Vertrag mit dem Bürger

Partnerschaft und Mitbestimmung sind Pfeiler der Demokratie.

Wir setzen uns ein für eine aktive Bürgergesellschaft. Wir wollen die Sozialpartnerschaft stärken. Wir wollen Sicherheit und Vertrauen.

Aktive Bürgergesellschaft

Partnerschaft und Mitbestimmung begründen das Prinzip einer aktiven Bürgergesellschaft.

Wir bauen auf partizipative Demokratie und Mitbestimmung, auf Partnerschaft und Aufgabenteilung in einer solchen aktiven Bürgergesellschaft.

Wir wollen durchsetzen, dass soziale und gesellschaftliche Gruppen und Gemeinschaften ihre Aufgaben eigenverantwortlich, effizient und wirksam lösen können. Eine aktive

Bürgergesellschaft lebt vom bürgerschaftlichen Engagement des Einzelnen. Wir wollen dies fördern und unterstützen, denn Meinungsfreiheit, Toleranz, Solidarität, Respekt, Rücksicht und Verantwortungsbewusstsein brauchen Menschen, die in konkreten Situationen diese Werte durch ihr Handeln umsetzen.

Eine aktive Bürgergesellschaft braucht Regeln in deren Rahmen es möglich ist, auf demokratische Weise verschiedene Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Deshalb sollen demokratische Ausdrucksformen wie z.B. ausgeweitete Konsultationsrunden oder auch Referenden einen größeren Platz in unserem institutionellen Gefüge bekommen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft bleibt die demokratische Entscheidungsfindung jedoch auch durch eine gut funktionierende repräsentative Demokratie abgesichert. Repräsentative und direkte Demokratie ergänzen sich.

Sozialpartnerschaft

Wir treten ein für soziale Demokratie und für sozialen Frieden; deshalb wollen wir einen verstärkten Sozialdialog, sowohl zwischen den Sozialpartnern auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene als auch zwischen den Sozialpartnern und dem Staat. Der Staat muss den Sozialpartnern die Möglichkeit geben ihre Beziehungen weitestgehend selbst zu regeln.

Wir wollen die Sozialpartnerschaft weiterentwickeln. Sie ermöglicht den sozialen Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Sie setzt gleichstarke Partner voraus. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften.

Die Sozialpartnerschaft setzt auch die soziale Verantwortung der Betriebe voraus, damit die Arbeit zum Wohlergehen des Menschen beiträgt. Sozialpartnerschaft bedeutet aber auch Pflichten für beide Seiten. Das Streben nach Konsens setzt für uns eine Politik des fairen Interessenausgleichs voraus.

Sicherheit und Vertrauen

Der Mensch kann sich nur in einem gesellschaftlichen Rahmen von Normen, Rechten und Pflichten entfalten, auf die er vertrauen kann. Durch einen solchen Rahmen Vertrauen zu schaffen, entbindet den Einzelnen jedoch nicht von seiner Verantwortung, entsprechend seiner Möglichkeiten, seinen Beitrag für die eigene Zukunftsgestaltung zu leisten.

Sicherheit zu geben bedeutet, Rahmenbedingungen zu definieren, innerhalb derer die Menschen ihre Zukunft planen können. Dies umfasst die innere und äußere Sicherheit des Staates, den Schutz des Lebens, der Freiheit und des Eigentums, die Absicherung und Hilfestellung im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit, im Alter und bei sozialer Bedürftigkeit. Es bedeutet auch, dass sich elementare Bereiche des persönlichen und sozialen Lebens, wie Bildung und Erziehung, Kultur, Sport und Religion frei entwickeln können, ohne dabei die Freiheit des Mitmenschen zu beeinträchtigen.

Für ein Recht auf Arbeit und für ein verpflichtendes Eigentum

Recht auf Arbeit

Wir bekennen uns zum Recht und zur Pflicht auf Arbeit.

Arbeit ist Ausdruck der Würde des Menschen. Sie erlaubt ihm, sich persönlich zu entfalten und seinen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft zu leisten.

Arbeit zu haben bedeutet Einkommen, soziale Sicherheit, persönliche und ökonomische Unabhängigkeit und soziale Anerkennung. Arbeit erlaubt dem Menschen, sich umso besser zu entfalten und eine Familie zu gründen, je stärker sie der Freiheit, den Fähigkeiten und Kompetenzen sowie dem Wohlbefinden des Menschen Raum bietet.

Arbeit ist die Grundlage für die soziale Stabilität und den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Eigentum verpflichtet

Aus der Würde des Menschen ergibt sich auch das Recht auf persönliches Eigentum, nicht als unbeschränktes Recht, sondern als ein mit den Erfordernissen der Gesellschaft abgestimmtes Recht im Sinne der Sozialfunktion des Eigentums.

Wir bejahen das Privateigentum. Überall dort, wo dessen Nutzung jedoch zum Nachteil und zu Ungerechtigkeiten führt, hat die Gesellschaft nach dem Prinzip des verantworteten Eigentums Regelungsmechanismen einzubauen.

Wir verstehen unter Vermögensbildung die Möglichkeit für alle, sich am produktiven Kapital zu beteiligen und am

Wertzuwachs dieses Kapitals teilzuhaben. Wir sehen die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand als wichtiges Mittel, die Gegensätze von Arbeit und Kapital zu überbrücken.

Für ein geeintes Europa

Der Aufbau der politischen Union nach dem Subsidiaritätsprinzip sowie die Wirtschafts- und Währungsunion haben Europa und Luxemburg vorangebracht.

Wir sehen in der Erweiterung der Union eine Verpflichtung gegenüber den Menschen und den Völkern Europas. Sie ist die historische Chance, den europäischen Kontinent mit sich selbst zu versöhnen. Sie bietet eine unverzichtbare Sicherheitsgarantie für die kommenden Generationen.

Europapolitik hat sich als Friedenspolitik bewährt. Sie soll dies auch weiterhin tun. Wir wollen diese Politik permanent vorantreiben. Sie ist der Garant für die demokratischen Freiheiten und die soziale Gerechtigkeit, auch über die Grenzen Europas hinaus.

Wir wollen uns im geeinten Europa von morgen auch für die berechtigten Ansprüche und Bedürfnisse eines kleinen Mitgliedstaates einsetzen.

Wir glauben an ein föderales Europa auf der Grundlage einer europäischen Verfassung. Wir sind für eine Verfassung, die die Gemeinschaftsmethode als bewährte Grundlage der Integration weiterentwickelt. Wir wollen handlungsfähige Institutionen.

Dabei kommt dem Subsidiaritätsprinzip eine besondere Bedeutung zu. Dieses Prinzip muss im Sinne der Bürgernähe

gehandhabt werden. Darüber hinaus soll aber Europa gemeinsame Anliegen einer gemeinsamen Lösung zuführen, im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger, damit es nicht zu einem politischen Stillstand kommt.

Luxemburgs Chancen auf Weiterentwicklung liegen in der Großregion. Es gilt, diese Chancen aufzugreifen und mit konkreten Inhalten zu füllen, damit die Großregion ihr Potenzial voll ausschöpfen kann, als eine Region mit offenen und effizienten Kooperationsstrukturen im Dienste der Menschen.

Im Einsatz für den Menschen

Unsere Grundsätze bedingen,

- dass der Einzelne Vorrang hat vor der Institution,
- dass Politik nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zweck,
- dass wir uns für eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft einsetzen.

Für uns ist es wichtig, dass die Menschen an der Gestaltung und den Entwicklungen der Gesellschaft und der Zukunft aktiv teilnehmen können und aktiv teilhaben. Daher setzen wir uns ein ...

... für einen demokratischen Staat

Demokratie ist die politische Ordnung, in der Menschenwürde, Freiheit, Gleichbehandlung, Partnerschaft und Mitbestimmung am besten gewährleistet werden. Sie ist das Fundament unseres Zusammenlebens.

Wir bekennen uns zum gewaltenteilenden Rechtsstaat und zur Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit. Wir wollen die alternative Konfliktlösung (Mediation und Vermittlung sowie Schiedsgerichtsbarkeit) fördern. Unser Rechtswesen, sowie die anderen Institutionen auch, muss durch die Effizienz und Nachvollziehbarkeit seiner Grundlagen und seines Wirkens das Vertrauen der Bürger rechtfertigen.

Wir wollen die individuellen und kollektiven Grundrechte schützen. Wir wollen die freie Meinungsbildung garantieren.

Aufgabe des Staates ist es, die Bedürfnisse und Interessen der verschiedenen Gruppen auszugleichen, die Schwachen und Nichtorganisierten zu schützen, soziale Errungenschaften zu bewahren und auszubauen, Gleichgewichte zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Anliegen zu ermöglichen und zu schaffen, effiziente und optimale Dienstleistungen öffentlichen Nutzens im Interesse der Gemeinschaft anzubieten, die innere Sicherheit zu gewährleisten und nicht zuletzt allen Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Der Staat hat auch als Aufgabe die Planungs- und Gestaltungsfähigkeit des Einzelnen und der verschiedenen gesellschaftlichen Zwischenkörper zu fördern. Er muss Minderheiten schützen.

Wir wollen stabile Institutionen und bürgernahe öffentliche Verwaltungen. Wir wollen auch weiterhin effiziente und moderne Verwaltungen, die den bewährten Prinzipien der Unabhängigkeit und der Neutralität gerecht werden.

... für eine moderne Familienpolitik

Wir wollen eine Familienpolitik, in der das Bekenntnis zur Familie klar zum Ausdruck kommt. Wir wollen eine Familienpolitik, in der die verschiedenen Formen des Zusammenlebens Anerkennung und entsprechenden Entwicklungsraum finden.

Wir verstehen Familie als wichtigen Baustein der Gesellschaft.

Wir werben für eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der Toleranz und Mitmenschlichkeit gelebt werden. Wir wollen

Konzepte für eine kinderfreundliche Gesellschaft entwickeln und sehen die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit als Kernpunkt unserer Familienpolitik.

Jede Familie hat das Recht, ihren Lebensmodus selbst zu bestimmen. Wir wollen die Wahlfreiheit der Einzelnen respektieren. Wir wollen jede Familie bei der von ihr bevorzugten Lebensgestaltung unterstützen.

Wir sehen die Ehe nach wie vor als Grundlage der Familienpartnerschaft.

Partnerschaften ohne Trauschein stellen heute gängige Formen des Zusammenlebens dar. Verantwortungsbewusstsein und Solidarität sind auch in diesen Beziehungen ein wesentliches Element. Dies gilt ebenfalls für gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Deswegen sind diese Formen des Zusammenlebens als Ausdruck der Entscheidungsfreiheit aller Menschen bezüglich ihrer persönlichen Lebensgestaltung, für uns schützenswert. Auch sie verdienen Respekt. Wir wollen sie gesetzlich anerkennen.

... für eine optimale Gesundheitspolitik

Mit unserer Politik wollen wir die Gesundheit erhalten, Krankheiten heilen, Beschwerden lindern und Behinderungen erleichtern.

Gesundheitspolitik baut auf Eigenverantwortung und Solidarität in einem gegliederten System der sozialen Sicherung. Freie Arztwahl, insbesondere gesundheitliche Aufklärung und vor allem auch Vorsorge, Lebensmittelüberwachung und gesundheitlicher Verbraucherschutz, moderne Infrastrukturen sind Kernelemente der Gesundheitspolitik.

... für eine Bildungspolitik,

die Chancen bietet und Leistung fördert

Bildung ist der Schlüssel für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Sie ist die Voraussetzung für persönliche Selbstbestimmung, für Mitwirkung und Gemeinwohl. Sie ist der Motor der Demokratie, der Kultur, der Wirtschaft und Arbeitswelt.

Bildung und Erziehung eröffnen dem Menschen Chancen für persönlichkeitsgerechte Selbstentfaltung und Verantwortung in der Gemeinschaft. Sie eröffnen ihm Berufswege, gesellschaftlichen Aufstieg und sozialen Ausgleich. Sie ermöglichen Orientierung, Urteilskraft und Verantwortungsbewusstsein.

Wir wollen daher ein Bildungssystem, das Leistung fördert und Schlüsselkompetenzen vermittelt. Wir wollen eine Schule, wo der Einzelne zählt, wo er seine Talente, Kompetenzen und Kreativität entwickeln kann.

Wir wollen ein Bildungssystem, das dem Einzelnen erlaubt, sich während seines ganzen Lebens weiterzubilden und dementsprechend neue Perspektiven ermöglicht.

Wir wollen ein Bildungssystem, das dem Einzelnen dort, wo es trotzdem zu Misserfolgen kommt, weitere Chancen bietet.

... für eine gelebte Integration

Identität ist ein dynamischer Begriff. Auch die Luxemburger Identität hat sich im Laufe der Jahrhunderte und der sukzessiven Einwanderungen dauernd weiterentwickelt. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Luxemburger und Nicht-Luxemburger brauchen einander, arbeiten und leben zusammen. Das Zusammenleben mit Menschen anderer Kulturen und Nationalitäten gehört zu den Selbstverständlichkeiten unserer multikulturellen Gesellschaft. Unsere Politik setzt auf Integration unserer ausländischen Mitbürger. Integration vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Integration ist ein langjähriger individueller und sozialer Prozess. Luxemburgisch als gemeinsame Sprache sowie ein Zusammenleben der Luxemburger und der Nichtluxemburger in der Schule sind wesentliche Bindeglieder der Integration.

Wir wollen das Miteinander, wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder sich einbringen kann. Wir wollen eine gelebte Integration der Nicht-Luxemburger in Gesellschaft und Politik. Integration ist wechselseitig, sie setzt einerseits den Willen der Bevölkerung voraus, neue Einwohner anzunehmen und ihre Identität zu respektieren, andererseits jedoch auch den Willen der neuen Einwohner, sich in die Gesellschaft einzuleben.

... für eine leistungsfähige Wirtschaft

Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft aufrechterhalten, Initiative, Unternehmertum und Risikobereitschaft fördern.

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist für uns die Voraussetzung zur Sicherung der Lebensqualität und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. Nur sie erlaubt eine soziale Umverteilung.

Zur Verantwortung des Staates gehört es, eine mutige und innovative Wirtschaftspolitik auf der Grundlage einer erneuerten sozialen Marktwirtschaft zu fördern: Eine Wirtschafts-

politik, die sowohl die Arbeitsmarkt-, als auch die Sozial- und Finanzpolitik mit einbezieht. Eine Wirtschaftspolitik, die das Wachstum fördert und die Forschung und Innovation in den Mittelpunkt stellt.

Wir wollen die Ethik der sozialen Marktwirtschaft unter den heute globalen Bedingungen weiterentwickeln. Wir wollen der Generationengerechtigkeit über die sozialen Sicherungssysteme hinaus zum Durchbruch verhelfen. Wir wollen das Prinzip der Nachhaltigkeit auch in der Wirtschaftspolitik verstärkt durchsetzen.

... für einen starken Mittelstand

Im Rahmen des Prinzips der Eigenverantwortung wollen wir den Mittelstand als eines der wichtigsten Rückgrate der Wirtschaft fördern und die Rahmenbedingungen für seine Weiterentwicklung ausbauen.

Wir wollen eine breite Schicht von Selbstständigen, sei es als Handwerker, gewerbliche Unternehmer oder als Angehörige freier Berufe, in unserer Gesellschaft verankern.

Der Mittelstand ist ein wichtiger Pfeiler der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilität. Er sichert die Dynamik der Wirtschaft und trägt zu einem hohen Beschäftigungs- und Ausbildungsgrad bei.

... für eine moderne Landwirtschaft in einem vitalen ländlichen Raum

Wir treten ein für eine aktive Landwirtschaftspolitik, die unseren Bauern, Winzern und Gärtnern ein angemessenes Einkommen und gute Zukunftschancen bietet.

Wir brauchen eine moderne Landwirtschaft, die gemäß dem europäischen Agrarmodell multifunktional, nachhaltig und konkurrenzfähig ist.

Wir unterstützen unsere Landwirtschaft, damit sie den Anliegen und Erwartungen der Verbraucher in Bezug auf die Qualität und die Sicherheit der Lebensmittel, den Umweltschutz und den Tierschutz gerecht werden kann. Sie soll die Landschaft pflegen, die Naturräume erhalten und einen wesentlichen Beitrag zur Vitalität des ländlichen Raumes leisten.

Wir wollen den ländlichen Raum wirtschaftlich, kulturell und sozial beleben und ihn durch eine gezielte Politik als attraktiven Wohn- und Arbeitsraum mit hoher Lebensqualität festigen. Bei dieser integrierten Entwicklung des ländlichen Raumes ist die multifunktionale Landwirtschaft dazu berufen, als tragender Sektor eine Schlüsselrolle zu übernehmen.

... für den Dialog der Kulturen

Der Dialog der Kulturen ist die Grundlage für die Entwicklung einer weltweit offenen und toleranten Gesellschaft, einer Gesellschaft, die auf gegenseitigem Respekt beruht. Einer Gesellschaft, die sich auf gemeinsame ethische Werte, auf ein Weltethos verständigt. Dazu gehören der Ausbau der demokratischen Werte und der universellen Menschenrechte mit dem Ziel einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung.

... für internationale Sicherheit und Stabilität

Wir wollen dazu beitragen, ein weltweites System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Zu einem solchen System gehört mittelfristig ein globales Gewaltenmonopol. Luxemburg als kleiner Partner ist hier dazu angehalten, entsprechend

seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten seinen Beitrag zu leisten.

Frieden, Freiheit und Stabilität in der ganzen Welt hängen mehr denn je davon ab, wie erfolgreich die Partnerschaften im Rahmen der Kooperationspolitik gestaltet und ausgebaut werden können.

... für den Fortschritt in der Wissenschaft

Wissenschaft und Technik prägen die Entwicklung der Zivilisation. Sie sind die Basis für Wohlstand, für eine humane Gesellschaft und eine produktive Arbeitswelt.

Wir stehen dem Fortschritt in den Wissenschaften positiv gegenüber. Er ist eine Bereicherung für das Leben der Menschen und für die qualitative Weiterentwicklung der gesamten Gesellschaft.

Fortschritt hat sich in den Dienst von Mensch und Umwelt zu stellen. Fortschritt darf jedoch die nachhaltige Entwicklung, die Lebenschancen und die Lebensqualität des Menschen nicht gefährden und seine Würde nicht verletzen. Der Mensch darf auch nicht zum Objekt von Forschungs- und Wirtschaftsinteressen werden.

... für eine verantwortete Nutzung der Gentechnologie

Gentechnologie bieten neue Heilungschancen. Wir wollen diese Chancen für den Menschen in einem verantworteten Rahmen nutzen. Wir gehen dabei vom Prinzip der Schutzwürdigkeit des menschlichen Lebens aus. Auch in anderen Bereichen, wo die Gentechnologie Anwendung findet, gilt das Prinzip des verantworteten Nutzens.

Grundsätze

Grundsätze geben die Richtung an, die die CSV für ihre Politik der nächsten Jahre einschlagen will. Mit diesen Wegmarken wollen wir Politik im Dienst der Menschen in unserem Land und in Europa gestalten.

Mit der Gründung der Europäischen Union hat die Politik im 20. Jahrhundert bewiesen, dass auf den Werten des christlichen Europas, auf Verzeihen, Toleranz, Respekt und Solidarität der Friede gesichert werden konnte.

Unser Jahrhundert wird zeigen müssen, ob wir die innere Kraft haben, auf dem Fundament dieser Werte an der friedlichen Vereinigung unseres Kontinents weiter zu bauen, ob es uns gelingt die vielfältigen Ungleichheiten, Benachteiligungen und Ausgrenzungen unserer Zeit zu überwinden.

Dazu ist es notwendig, dass unser politischer Einsatz mehr denn je über das rein materielle Hier und Jetzt unserer Bedürfniswelt hinausreicht, um dem Durst nach Gerechtigkeit, dem Hunger nach Sinn, der Sehnsucht nach Frieden Raum zu geben.

Nur eine Politik, die stets diesen weiten Sinnhorizont menschlicher Existenz im Blick behält, wird Bestand haben vor den Menschen, vor der Geschichte und letztlich vor jenem unbegreiflichen Urgrunds des Seins, dem der Name Gott zu eigen ist.

Erna Hennicot-Schoepges, Parteipräsidentin